

200 Festnahmen bei Protesten gegen Nato-Gipfel in Straßburg

Straßburg, 03. Apr (Reuters) - Nach Zusammenstößen mit Nato-Gegnern hat die französische Polizei in der Nacht zum Freitag in Straßburg 200 Menschen festgenommen. Dabei handelte es sich vor allem um Jugendliche. Die Polizei ging davon aus, dass sich die Proteste in den kommenden beiden Tagen an den beiden Veranstaltungsorten des Jubiläumsgipfels der Militärallianz in Frankreich und Deutschland weiter zuspitzen.

Mehr als 500 Demonstranten versuchten sich am Vorabend des Gipfeltreffens im Zentrum von Straßburg zu versammeln. Ihre Zahl schwoll an, als sich zahlreiche Jugendliche aus den Vororten anschlossen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nach deren Einschätzung haben die Zusammenstöße am Rande des G20-Treffens in London die Wut der Demonstranten angeheizt.

Bereitschaftspolizisten feuerten Tränengas auf verummte Jugendliche, die trotz massiver Absperungen in die Innenstadt von Straßburg vordringen wollten. Auf ihrem Weg warfen die Nato-Gegner die Fenster einer Polizeiwache ein, zündeten Mülltonnen an, zerkratzten Autos und bauten Barrikaden. In einem Fall zog ein Soldat sogar seine Pistole und richtete sie in den Himmel, nachdem ein Vermummter zuvor eine Stange durch die Frontscheibe eines Militärfahrzeuges gerammt hatte.

Auch am Rande eines Zeltlagers von Nato-Gegnern vor den Toren von Straßburg kam es zu Zusammenstößen. Jugendliche bewarfen Sicherheitskräfte mit Steinen. Diese antworteten mit Tränengas und Gummigeschossen und drängten die Demonstranten zurück in das Lager.

Die Anführer der Anti-Nato-Bewegung verurteilten die Gewalt. "Wir hegen keine Sympathie für die Randalen", sagte Reiner Braun von den Organisatoren des Zeltdorfes. In Baden-Baden versammelten sich etwa hundert Menschen zu einer friedlichen Demonstration. Sie forderten die Staaten auf, weniger Geld für ihre Armeen und mehr im Kampf gegen die Armut auszugeben.

Am Freitag wird US-Präsident Barack Obama zu dem zweitägigen Nato-Gipfel erwartet, der zum 60-jährigen Bestehen des Bündnisses erstmals von Deutschland und Frankreich gemeinsam ausgerichtet wird. Allein auf deutscher Seite sind knapp 15.000 Polizisten zum Schutz des Treffens im Einsatz. Der Verfassungsschutz rechnet mit bis zu 20.000 Demonstranten, davon etwa 3000 gewaltbereiten Linksextremisten.

Hauptthema des Gipfels ist der zunehmend umstrittene Afghanistan-Einsatz. Einer Umfrage für die ARD-Tagesthemen zufolge sind nur noch knapp ein Drittel der Deutschen für den Verbleib der Bundeswehr am Hindukusch. Dies sei die niedrigste Zustimmung zu dem Einsatz, die je im ARD-Deutschlandtrend gemessen worden sei, berichtete der Fernsehsender am Donnerstagabend. Der Nato-Einsatz insgesamt wird demnach von 61 Prozent unterstützt.

(Reporter: Gilbert Reilhac; Lucien Libert; Sabine Siebold, bearbeitet von Angelika Stricker)